# EBENEN POLITISCHER AKTIVITÄT VON CHRISTINNEN UND CHRISTEN IM KONTEXT FREIER EVANGELISCHER GEMEINDEN HEUTE

Viele Personen in evangelischen Freikirchen und im pietistisch-evangelikalen bis pfingstkirchlich-charismatischen Spektrum des Protestantismus in Deutschland haben konkrete und aktive Berührungspunkte mit politischen Willensbildungsprozessen. Anderen Personen erscheint dieser Bereich gesellschaftlichen Lebens jedoch fern von der eigenen Wirklichkeit. Dies kann auf eine bewusste, religiös begründete Abgrenzung gegenüber gesellschaftlichen Beteiligungsprozessen oder aber auf eine unreflektierte und nicht bewusst herbeigeführte Fremdheit gegenüber politischer Beteiligung zurückzuführen sein. Dies betrifft über Einzelpersonen hinaus auch christliche Gemeinden als Ganze. Sie sind an vielen Orten natürlicher Teil des Sozialraums, prägen die Bürgergesellschaft mit und tragen in unterschiedlicher Ausprägung zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei. Gemeinden schaffen ebenso Raum für Diskurse unterschiedlicher Positionen als auch für verbindende soziale Beziehungen. Dies sind wesentliche Ressourcen, welche sie in die Gesellschaft einbringen.
Diese Übersicht will verschiedene Ebenen gesellschaftlich-politischer Beteiligung im liberalen Verfassungsstaat und einer freiheitlich-demokratischen Bürgergesellschaft aufzeigen.

## BETEILIGUNG AN WAHLEN AUF VERSCHIEDENEN EBENEN

- Wählen als selbst auferlegte „Bürgerpflicht“, auch für Christinnen und Christen.
- Wahl der Partei, welche den eigenen Interessen und Werten entspricht (und eine realistische Machtoption hat).
- Wahl setzt politische Bildung, gesicherte Information und kritische Meinungsbildung voraus.

## BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT

- Das politische Feld beginnt auch in einer parlamentarischen Parteiendemokratie nicht erst dort, wo unmittelbar Parteien beteiligt sind.
- Dahinter steht das Ideal einer demokratischen Gesellschaft, nicht nur eines demokratischen politischen Systems.
- Hier sind viele Menschen engagiert, auch Kirchen gehören als Akteure der Zivilgesellschaft zum demokratischen System, wie andere Glaubensgemeinschaften auch.

## GESELLSCHAFTLICH-POLITISCHE INITIATIVEN

- Während sich viele Akteure der Zivilgesellschaft (Kirchen, Vereine usw.) nicht auf Grund einer bestimmten politischen Überzeugung zusammengeschlossen haben, gibt es viele Akteure, welche dezidiert gesellschaftlich-politische Interessen vertreten (Gewerkschaften, ADAC, Greenpeace, IJM, usw.).
- Auch hier können sich Christinnen und Christen auf Grund ihres christlichen Ethos und eigener gesellschaftlich-politischer Interessen engagieren.
- Grundlegend sollte man sich als Christin und Christ fragen, ob die Ziele der Initiative zum eigenen christlichen Ethos passen.
- In der entsprechenden Einschätzung werden Christinnen und Christen in einem ehrlichen Ringen zu unterschiedlichen – vielleicht sogar gegensätzlichen – Überzeugungen gelangen.

## PERSÖNLICHER KONTAKT ZU MANDATSTRÄGERINNEN UND MANDATSTRÄGERN

- Viele Christinnen und Christen sind durch verschiedenste soziale Kontakte in ihrem Alltagsleben mit Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern – meist der kommunalen Ebene – bekannt, andere haben jedoch gar keinen Kontakt und daher auch keinen Einblick in ihre Tätigkeit.
- Einige Christinnen und Christen kennen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern aus der eigenen Gemeinde; hier wäre zu fragen, inwieweit deren Engagement als christlich motiviertes Engagement wahrgenommen wird.

- Einige Christinnen und Christen suchen den persönlichen Kontakt zu Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern, um entweder für sie und teils mit ihnen zu beten oder ihnen ihre Interessen mitzuteilen.

## ORGANISIERTER KIRCHLICHER KONTAKT ZU MANDATSTRÄGERINNEN UND MANDATSTRÄGERN

- Kirchen suchen auf unterschiedlichsten Ebenen den Kontakt zu Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern, um konkret für sie beten zu können und sie teilweise seelsorglich zu begleiten. Darüber hinaus bringen sie die Interessen benachteiligter Gruppen ein und vertreten auch die kirchlichen Positionen und Interessen im Meinungsbildungsprozess der Parlamentarierinnen und Parlamentarier.
- Teilweise versuchen Kirchen auch, eine Plattform für den Dialog von (potenziellen) Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern mit der Zivilgesellschaft zu sein. Dies geschieht etwa in Akademien oder in Talkrunden vor Wahlen, welche meist von Ortsgemeinden durchgeführt werden. Dabei treten Kirchen teils als neutrale Vermittler, teils als Akteure mit eigenen Interessen auf.
- Teilweise kommen auch Mandatsträgerinnen und Mandatsträger bzw. Ver-

treterinnen und Vertreter der Exekutive auf Kirchen zu, um mit ihnen über gesellschaftlich-politische Belange zu sprechen. Besonders in Extremsituationen – etwa nach schweren Unglücken – bitten Vertreterinnen und Vertreter des Staats Religionsgemeinschaften um symbolische Mitwirkung oder führende Gestaltung öffentlicher Veranstaltungen, z.B. von Trauerfeiern.

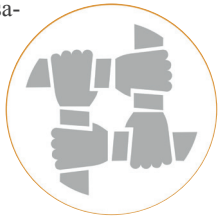
## ÜBERKIRCHLICH-VERBANDLICHER KONTAKT ZU MANDATSTRÄGERINNEN UND MANDATSTRÄGERN

- Auf unterschiedlichen Ebenen schließen sich Kirchen zusammen, um die Interessen benachteiligter Gruppen sowie ihre institutionellen Eigeninteressen gegenüber der Politik zu vertreten.
- Für Freie evangelische Gemeinden geschieht dies beispielsweise über die Arbeitsgemeinschaften Christlicher Kirchen (ACK), die Deutsche Evangelische Allianz (DEA) und die Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF), teilweise mit dezidiert dafür angestelltem Personal.
- Darüber hinaus ist der BFeG in verschiedene Netzwerke eingebunden, welche im Kontakt mit der Politik bzw. mit Behörden – etwa für Mittelzuweisungen – stehen. Dies betrifft beispielsweise den Bereich der Diakonischen Werke oder die FeG Jugend, welche über die Arbeitsgemeinschaft der evangelischen Jugend in Deutschland (aej) mit dem Familienministerium in Kontakt steht und von dort auch Bundesmittel erhält.
- Diese überkirchlich-verbandlichen Strukturen sind selbst meist demokratisch aufgebaut und Vertreterinnen und Vertreter der Freien evangelischen Gemeinden haben dort Sitz und Stimme.

Neben diesen politischen Feldern im weiteren Sinn gibt es für Christinnen und Christen die konkrete Möglichkeit Mitglied in gesellschaftspolitischen Vereinigungen und Parteien zu werden und auch selbst für gesellschaftliche Wahlämter und Parlamentsmandate zu kandidieren.

## MITGLIEDSCHAFT UND MITARBEIT IN GESELLSCHAFTSPOLITISCHEN VEREINIGUNGEN

- Auf Grund ihres individuellen Verständnisses eines christlichen Ethos verbunden mit konkreten politischen Überzeugungen und Interessen setzten sich Christinnen und Christen aus Freien evangelischen Gemeinden in – sehr verschiedenen, teils gegensätzlichen – gesellschaftspolitischen Vereinigungen ein.
- Dabei spielen offensichtlich die eigene Person und die gesellschaftliche Rolle neben den gemeinsamen – aber nicht immer gleich gedeuteten – christlichen Überzeugungen eine wesentliche Rolle. Beispielhaft dafür kann etwa die Rolle als Arbeitnehmerin und Arbeitnehmer oder als Arbeitgeberin und Arbeitgeber mit entsprechend unterschiedlichen verbandlichen Verortungen und Interessen genannt werden.



- Das Engagement in gesellschaftspolitischen Vereinigungen ist aus Sicht einer liberalen Demokratie und Bürgergesell-

schaft zu begrüßen. Für Christinnen und Christen in Freien evangelischen Gemeinden ist dafür – wie in anderen Lebensfragen – das an das biblische Zeugnis vom Evangelium in Jesus Christus gebundene Gewissen des bzw. der Einzelnen entscheidend.

## MITGLIEDSCHAFT UND MITARBEIT IN POLITISCHEN PARTEIEN

- Auf Grund ihres individuellen Verständnisses eines christlichen Ethos verbunden mit konkreten politischen Überzeugungen und Interessen setzen sich Christinnen und Christen aus Freien evangelischen Gemeinden in – sehr verschiedenen – politischen Parteien ein.
- Dabei ist zu beachten, dass Mitgliedschaft und Mitwirkung in einer politischen Partei nicht automatisch die Übereinstimmung mit allen politischen Positionen und Aktionen der Partei voraussetzt. Gerade die Tradition der Volksparteien versucht unterschiedliche Strömungen in einem durch innerparteiliche Demokratie herbeigeführten Kompromiss widerzuspiegeln und in politisches Handeln zu übersetzen. Christinnen und Christen werden – wie auch andere Parteimitglieder – fast nie mit allen Positionen der Partei übereinstimmen, in welcher sie Mitglied sind. Aus diesem Grund gibt es aus kirchlicher Sicht auch keine „christlichen“ Parteien.
- Das Engagement in Parteien ist in einer liberalen Demokratie und Bürgergesellschaft, genau wie das Engagement in gesellschaftspolitischen Vereinigungen, zu begrüßen. Dieses Engagement ist Grundlage für das Funktionieren einer parlamentarischen Parteiendemokratie und damit für das Gemeinwohl. Für Christinnen und Christen in Freien evangelischen Gemeinden ist auch für ihr Engagement in Parteien – wie in anderen Lebensfragen – das an das biblische Zeugnis vom Evangelium in Jesus Christus gebundene Gewissen des bzw. der Einzelnen entscheidend. Darüber hinaus prägen individuelle Überzeugungen und Interessen das jeweilige Engagement.

## KANDIDATUR UND ÜBERNAHME VON WAHLÄMTERN UND MANDATEN

- Eine liberale Demokratie mit einer lebendigen Bürgergesellschaft besetzt nicht nur Parlamente der unterschiedlichen Ebenen durch Wahlen, sondern versucht auch im weiteren gesellschaftlichen Feld Macht durch Wahlen legitim zu verteilen.
- Auch Christinnen und Christen streben legitimer Weise durch Kandidaturen für Wahlämter nach dieser Macht. Dabei sind sie durch ihren Glauben verpflichtet, die so möglicherweise zugesprochene Macht für das Gemeinwohl, für die von ihnen Vertretenen und in besonderer Weise für marginalisierte Gruppen einzusetzen und nicht nach rein eigennützigem Gewinn und illegitimem Vorteil zu streben.

- In der Ausführung ihrer Wahlämter (z.B. in Elternbeiräten, Jugendräten, Vereinsvorständen u.a.) sollen Christinnen und Christen danach streben sowohl im Modus ihres politischen Handelns ein christliches Ethos um-

zusetzen als auch auf inhaltlicher Ebene christliche Überzeugungen in einen Kompromiss einzubringen.

- Gemeinden, Kirchen und kirchliche Vereinigungen sollten ihre Mitglieder zur Übernahme von Wahlämtern ermutigen und ihnen in dieser gesellschaftlichen Aufgabe ggfs. seelsorglich und mit Fürbitte zur Seite stehen.
- Eine parlamentarische Parteiendemokratie lebt nicht nur davon, dass Menschen wählen (aktives Wahlrecht), sondern auch davon, dass Menschen sich zur Wahl in Parlamente stellen (passives Wahlrecht).
- Genau wie bei gesellschaftlichen Wahlämtern, sollten Christinnen und Christen auch dazu bereit sein, Mandate in Parlamenten auf allen Ebenen des Staates zu übernehmen. Die Ausführung dieser parlamentarischen Mandate sollte dabei ebenso wie bei den gesellschaftlichen Wahlämtern auf den Glauben bezogen sein. Gemeinden, Kirchen und kirchliche Vereinigungen sind aufgerufen, Mandatsträgerinnen und Mandatsträger in gleicher Weise zu ermutigen und zu begleiten.

**Matthias Ehmann**

## ANREGUNGEN ZUM GESPRÄCH IN GRUPPEN

1. Welche Berührungen hattest du in deiner Kindheit / Jugend / Familie mit Politik?
2. Inwieweit liegt dir „politisches Handeln“ nah, inwieweit eher fern?
3. Welche Möglichkeiten politischem Engagements aus dem Text von Matthias Ehmann waren für dich neu?
4. In Gemeinden sind alle Menschen willkommen, egal welche politische Überzeugungen man hat. Stimmt dieser Satz deiner Meinung nach? Was findest du daran herausfordernd, was besonders stark?
5. Welchen Bibelvers würdest du einer Politikerin oder einem Verantwortlichen in unserer Gesellschaft oder Nachbarschaft zusprechen?
6. Für welche Organisation, für welche Personen des öffentlichen Lebens könnte es Dir ein Anliegen werden zu beten?